

Fadegrad



von
Roland Scheck

Schneeballsystem

Als Schneeballsystem werden Geschäftsmodelle bezeichnet, die zum Funktionieren eine ständig wachsende Anzahl an Teilnehmern benötigen. Gewinne für Teilnehmer entstehen dadurch, dass immer mehr neue Teilnehmer mitwirken. Schneeballsysteme sind auf unendliches Wachstum unter endlichen Rahmenbedingungen angewiesen und daher instabil. Schneeballsysteme haben die unschöne Eigenschaft, dass sie irgendwann kollabieren. Und zwar erfolgt der Kollaps zwangsläufig, da die Zahl der Teilnehmer exponentiell wachsen müsste, was in einer Welt begrenzter Ressourcen auf Dauer nicht möglich ist. In den meisten Ländern – so auch in der Schweiz – sind diese Systeme mittlerweile verboten.

Vor diesem Hintergrund würde man nicht für möglich halten, dass die Eliten unseres Landes zur Zeit verzweifelt für den Erhalt eines Schneeballsystems kämpfen: die Masseneinwanderung. Die Masseneinwanderung bedingt, dass wir immer mehr Ausländer brauchen, um Ausländer zu versorgen. Immer mehr Ausländer sichern die Altersvorsorge für Ausländer. Immer mehr ausländische Arbeiter bauen immer mehr Infrastruktur für Ausländer. Immer mehr ausländische Lehrpersonen bilden immer mehr Ausländer aus. Immer mehr ausländische Ärzte und Krankenschwestern pflegen immer mehr Ausländer. Immer mehr ausländische Sozialarbeiter betreuen immer mehr Ausländer im Sozial- und Fürsorgewesen. Immer mehr ausländische Bürokraten auf Gemeinde-, Kantons- und Bundesebene verwalten immer mehr Ausländer.

Die Massenwanderung ist ein gigantisches Schneeballsystem. Dies bestätigt unfreiwillig auch Bundesrat Didier Burkhalter im «Tagesanzeiger». Dort lässt sich der EU-Turbo wie folgt zitieren: «Auch Sozialwerke sind auf Einwanderung angewiesen.» Will heissen, wir brauchen immer mehr Ausländer, um diejenigen, die schon hier sind, zu finanzieren.

Schneeballsysteme kollabieren immer. Das ist wissenschaftlich erhärtet. Und das Schneeballsystem Masseneinwanderung wird auch kollabieren. Nur geht es hierbei nicht um einen Kettenbrief oder Madoff's Ponzi Schemes, sondern um ein ganzes Land. Es geht um die Schweiz, unsere Heimat. Wie kann man nur so skrupellos sein, liebe Politiker der anderen Parteien, liebe Exekutiven, liebe Wirtschaftsverbände und liebe Medien, unser Land in diesen Kollaps führen zu wollen! Aus Eigennutz, aus Moralismus, aus Hass gegen den Absender der Volksinitiative, die SVP.

Das Schweizer Volk hat es nun in der Hand, am 9. Februar mit einem JA zur Volksinitiative gegen Masseneinwanderung die Notbremse zu ziehen. Schieben wir dem grössten Schneeballsystem aller Zeiten den Riegel.

AUS DEM ZÜRCHER GEMEINDERAT

Geister des Minimalismus: Gleichgültigkeit im Luftverkehr – Lust am Büssen

Wenn so wenig läuft im Gemeinderat, dass gar vorzeitig Schluss ist, dann müssen wir mit den Themen etwas tiefer in die Trickkiste greifen, um die Leser nicht zum sofortigen Weiterblättern zu verleiten. Daher sind auch langfristig wichtige Themen herauszugreifen; der Minimalismus vieler Behörden: sei das im Luftverkehr (man setze sich in Bern möglichst wenig für Zürich ein) – sei das beim Bussenregime (man kassiere möglichst einfach unvernünftige Bussen ab).



Bernhard im Oberdorf
Gemeinderat SVP
Zürich 12

Um gleich einmal den Ratsabend zu entsorgen: Der nach dem energischen Einsatz von Guido Bergmaier versenkten Initiative «Für eine sinnvolle Nutzung der Flachdächern» (mit Solarzellen) der «Jungen Grünen» trauert kaum jemand nach (ausser den Grünen) – ebenso wenig dem «Globus Provisorium» (jetzt COOP) bei der Bahnhofbrücke: Da stimmte der Rat nicht zuletzt dank dem fulminanten Votum von Marina Garzotto der Motion zu, die hier eine Neugestaltung verlangt (aber nicht wegen der «freien Sicht auf den Hafenkran»); das war's dann im wesentlichen.

Minimalismus im Luftverkehr ...

Aber es wird wieder Arbeit geben für Vorstände im Zürcher Gemeinderat. Wie soeben bekannt wurde, möchte «Bundesbern», also das Bundesamt für Zivilluftfahrt (BAZL) in Zukunft auf dem Zürcher Flughafen mehr Südstarts, insbesondere Südstarts «geradeaus» durchsetzen, Abflüge, die für das ohnehin schon mit den Südanflügen strapazierte Zürich Nord zu einer katastrophalen Lärmsituation führen könnten. Dagegen wird man sich im Zürcher Stadtparlament zur Wehr setzen müssen, bevor im Sommer entschieden wird. Denn überwiesene Postulate zur Lärmproblematik hätte der Stadtrat abschreiben wollen – in der irrigen Annahme, dass mit einem minimalistischen Telefon ohne Engagement das Anliegen erfüllt sei.

Dabei geht es um mehr als «bloss» den Lärm an sich: Wenn der Widerstand der Bevölkerung herausgefordert wird, schadet das dem Airport (die Plafonierungsinitiativen lassen grüssen), der für Zürich von grosser wirtschaftlicher Bedeutung ist; auch sehr viele Arbeitsplätze, nicht nur jene im Flughafen selber, auch indirekte, die mit dem Airport zusammenhängen, sind betroffen. Hinter diesem Ansinnen der Südstarts steht ein Beinahe-Zusammenstoss zweier Swiss Maschinen auf dem Pistenkreuz im Jahre 2011. Als Massnahme zur Ver-

besserung der Sicherheit soll also nun ein Regime mit Südstarts geradeaus erhalten. Wenn das so zentral wäre, hätte man schon lange reagieren müssen – und nicht erst jetzt. Sicher ist, dass sich die Flugsicherung «Skyguide» für ein solches Regime stark macht. Sie war bei dem Vorfall von 2011 involviert und erwies sich auch beim Zusammenstoss bei Überlingen als überfordert. Da liegt es auf der Hand, dass sich «Skyguide» für solche Südstarts einsetzt; das macht es für die Organisation einfacher – auf Kosten der Stadt Zürich.

Wie viel Stadt und Gemeinderat ausrichten können, wird sich weisen. Die erwähnten Postulate des Schreibens zur Einführung der gebogenen («gekröpften») Nordanflüge wurden überwiesen, der Stadtrat hat sich zwar bei den zuständigen Instanzen eingesetzt und wollte in der Folge die Postulate als erledigt abschreiben. Aber weder Bern noch die «Skyguide» schienen an einer raschen Umsetzung dieser Anflüge besonders interessiert zu sein – für sie wäre es umständlich gewesen. Das belegt das Ansinnen mit den gestreckten Südstarts, mit dem man sich noch mehr über Zürich Nord hinwegsetzen würde. Da ist ein wirkungsvoller Widerstand nötig sein.

... und kassieren auf dem Holzweg der Bärenjagd

Auch in einer anderen Angelegenheit machten es sich Stadt- und Gemeinderat einfach, als sie einen Antrag ablehnten, mit dem im Budget der «Ertrag aus Ordnungsbussen» halbiert worden wäre. Da hätte die Stadt mehr sparen müssen, statt dass sie unsichere Erträge dafür verwendet, neue Ausgaben zu finanzieren, womit sie das Fell lebender Bären verteilt.

Denn dieser mutmassliche Ertrag wird mit dem Blick zurück aufgrund von Erfahrungswerten eingesetzt. Das trügt, sind die Erträge doch spekulativ, weil sie zu vielen Unwägbarkeiten unterliegen; ein Blick voraus zeigt erst recht, wie problematisch dieser Posten ist. Ein Budget ist auch ein Führungsinstrument (Führen durch Zielsetzung), und da sollte vom Ziel der korrekt fahrenden Verkehrsteilnehmer ausgegangen werden. Denn in der Realität dennoch Ordnungsbussen anfallen, so sind das ausserordentliche Erträge, die der

Wahlen vom 9. Februar

Gemeindewahlen: Liste 2 wählen

Stadtratswahlen: Nina Fehr und Roland Scheck wählen dazu die restlichen Kandidaten der TOP 5

Bezirksgerichtspräsidium:

Beat Gut (Kandidat der Mehrheit der IPK-Parteien)

Erneuerungswahlen Bezirksgericht Zürich:

Liste 1, Wahlvorschlag der IPK (52 vollamtliche Mitglieder)
Liste A, Wahlvorschlag der IPK (20 teileamtliche Mitglieder)

Wahl-Treff der SVP der Stadt Zürich

Sonntag, 9. Februar 2014, ab 14.00 Uhr
Restaurant Blue Monkey, ehem. Königsstühl
Stüssihofstr. 3, 8001 Zürich

Wir freuen uns auf Ihr zahlreiches Erscheinen.
SVP der Stadt Zürich



SVP ZÜRICH 10

Kandidaten-Vorstellung im Restaurant Grünwald

Die SVP Höngg/Wipkingen präsentierte an einer Veranstaltung im Restaurant Grünwald ihre Gemeinderatskandidaten und ihre Ideen zur bürgerlichen Politik für die Quartiere.

Die SVP Kreispartei 10 hat an einer Wahlveranstaltung die Kandidatinnen und Kandidaten für die Gemeinderatswahlen vom 9. Februar vorgestellt. Als Gäste anwesend waren im Restaurant Grünwald im Rütihof die beiden Kantonsräte der SVP 10, Rolf Stucker und Bruno Amacker.

Mauro Tuena, Fraktionschef der SVP, verlangte in seinem Eingangsvotum, dass die Sicherheit in Zürich wieder besser werden muss. Insbesondere sollen die Quartierwachen stets geöffnet sein. Die Polizei braucht genügend Mittel und Personal, um die Sicherheit in den Quartieren zu gewährleisten. Wichtig ist für die SVP auch eine sichtbare Polizeipräsenz. Gerade in Aussenquartieren wie im Rütihof oder beim Frankental ist konsequente Polizeipräsenz wichtig.

Martin Bürlimann erläuterte die Gewerbepolitik der SVP. Fachgeschäfte, Dienstleister, Handwerker

und Selbstständige sind ein wichtiger Pfeiler für den Wohlstand. Kleinbetriebe, Fachgeschäfte und Handwerksbetriebe bilden Lehrlinge aus und schaffen Arbeitsplätze. Ein weiteres wichtiges Standbein in Zürich ist der Finanzplatz. Banken, Versicherungen und Treuhänder leisten einen wesentlichen Anteil am Erfolg. Auch dem Börsenplatz Zürich ist Sorge zu tragen.

Christoph Marty wies in seinem Vortrag darauf hin, dass die Unternehmer und Kleinbetriebe im Quartier immer mehr bedrängt werden durch steigende Vorschriften und Auflagen, welche die Produktion unnötig verteuern. Diese Nebenkosten sind unnötig und müssen sinken.

Heidi Mathys, Marianne Urfer Widmer, Bruno Faist und weitere Kandidaten der Liste 2 stellten sich dem Publikum vor und beantworteten Fragen. Ziel der SVP 10 ist ein Sitzgewinn am 9. Februar.

Schuldentilgung dienen sollten. So müsste es geradezu zur «Bärenjagd» anstiften, wenn diese Erträge als Ziel gesehen werden, das erreicht werden muss. Dann kommt es soweit, dass man auch Bussen ausstellt und einreibt, die formaljuristisch korrekt sind, aber jedem gesunden Menschenverstand widersprechen. Wir können uns die Beispiele sparen – sie sind ja allen bekannt.

Grosses Potential eines möglichen Vorstosses

Unserer Kolumne zu diesem Thema im «Tagblatt» war ein grosses, zustimmendes Echo beschieden und der Chefredaktor bot an, bei einem allfälligen Vorstoss zu diesem Thema dieses publizistisch zu unterstützen.

Da wären sich Publizistik und Politik durchaus einig.

LESERBRIEFE

Masseneinwanderung: Ja / Nein

Der Entscheid, ob Sie am 9. Februar 2014 JA oder NEIN zur Volksinitiative gegen Masseneinwanderung stimmen sollen, ist ganz einfach.

Der Bundesrat hat uns bei der Abstimmung zum Freizügigkeitsabkommen vor Jahren massiv belogen, indem er sagte, dass nach der Annahme maximal 10000 Menschen pro Jahr in unser Land einwandern würden. Hätte er uns damals die Wahrheit gesagt, dass jährlich netto über 80000 AusländerInnen einwandern werden, hätte das Volk die Personenfreizügigkeit schon damals nie angenommen.

Nun haben wir am 9. Februar 2014 die einmalige Chance, diesen Betrug der Regierung mit unserem JA zur Volksinitiative gegen Masseneinwanderung zu korrigieren. Damit neh-

men wir das Zepter wieder selber in die Hand und können so verhindern, dass unser Land komplett überbaut wird, die Sozialwerke ruiniert werden und zudem der dadurch notwendige Ausbau der Infrastruktur zu neuen Schulden führt. Entscheiden wir als selbständige und unabhängige SchweizerInnen, die sich weder von der EU noch von der eigenen Regierung oder Wirtschaft drohen lassen. Alles klar?

Ich danke Ihnen, dass Sie mit Ihrem JA mithelfen, dass dieses Land nicht in eine Betonwüste verwandelt wird, denn denken Sie immer daran, das schulden wir den kommenden Generationen.

Walter Anken,
Gemeinderatskandidat, Zürich

JA zu Abtreibungsfinanzierung ist Privatsache

Der Schutz des Lebens sowie die Sicherung unserer Sozialwerke gehören zu den wichtigsten Staatsaufgaben. Der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte hat am 16. Dezember 2010 entschieden, dass es kein Menschenrecht auf Abtreibung gibt, weil auch das ungeborene Leben geschützt werden muss. Mit der Behauptung, es gehe bei der Abtreibung um die «Selbstbestimmung der Frau», wird den Frauen neben den körperlichen und seelischen Folgen auch noch die alleinige Verantwortung für die unterlassene Verhütung zugeschoben. Deshalb es nicht verwunderlich, dass zwei Drittel der 110000 Unterzeichner der Volksinitiative Frauen sind.

Viele Familien können heute die ständig steigenden Krankenkassenprämien kaum mehr bezahlen, des-

halb muss alles aus der Grundversicherung gestrichen werden, was keine Krankheit ist. Die Abtreibung kann mit der Zusatzversicherung abgedeckt werden. Eine umfangreiche Studie aus den USA zeigt, dass in denjenigen Staaten, wo die Abtreibung nicht mehr aus öffentlichen Geldern finanziert wird, dies zu deutlich verantwortungsbewussterem Sexualverhalten geführt hat, die Zahl ungewollter Schwangerschaften und in der Folge die Zahl der Abtreibungen bis zu 8 Prozent abgenommen hat. Ein JA zur «Abtreibungsfinanzierung ist Privatsache» hilft der Sicherung unserer Sozialwerke und führt zu einem verantwortungsvolleren Umgang beider Geschlechter mit der Sexualität.

Peter Aebersold, Zürich